



# SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

17/VII/284 - 11.12.1952

Hinweise  
auf den Inhalt:

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170  
Fernsprecher 37654-59  
Fernschreiber 039890

Politische Folgen des Verfassungsstreites	S. 1
Neues Wahlgesetz in Norwegen	S. 3
Betrogenes Zentrum (Gebrochene Wahlabkommen der CDU)	S. 4
Warnung vor KP-Agenten	S. 5

## Erschütterte Grundlagen

A.E. Über den Dienstagberatungen des Bundestages lag etwas gespenstisch Unwirkliches. Die Wendung, die die Dinge in Karlsruhe durch den Beschluß des Bundespräsidenten genommen hatten, sein angefordertes Gutachten über die Verfassungsmäßigkeit der Verträge zurückzuziehen, und die dadurch geradezu fühlbare ausgelöste Spannung, hatte keinen Niederschlag im Bundestag selbst gefunden. Die Sitzung verlief sozusagen programmgemäß; die vorgesehene Tagesordnung ging glatt über die Tribüne, so, als ob überhaupt nichts passiert wäre. Ob die Lastwagen 15 oder 20 m lang sein, ob sie 15 oder 20 t Fassungsvermögen haben sollten, das bewegte scheinbar mehr die Gemüter als das Bewußtsein von der Verfassungsnot und -krise, in der sich die junge Bundesrepublik im siebenten Jahre ihres Bestehens befindet.

Doch das Bild dieser äußeren Gelassenheit trug. In den Wandelgängen fiel von einem Abgeordneten das Wort vom 20. Juli 1932. Was war damals geschehen? Die Papen-Regierung hatte widerrechtlich die rechtmäßig gewählte und antierende Braun-Severing-Regierung von Preußen vertrieben und durch einen Kommissar ersetzt. Damals erhielt die Weimarer Republik ihren Todesstoß. Was nachher erfolgte, war die unausbleibliche Folge dieses Staatsstreiches. Er wirkte so lähmend für alle demokratischen und staats-

tragenden Kräfte, weil keine wirksame Gegenaktion erfolgte.

Gewiss, geschichtliche Vergleiche hinken. Die damalige Situation lässt sich nicht auf die von heute übertragen. Andere Kräfte und Gegenkräfte sind wirksam. Aber nicht wegzuleugnen ist doch die Tatsache, dass durch die Art, wie die höchsten Regierungsstellen willkürlich mit von ihnen selbst mitgeschaffenen Institutionen umspringen, die gleichen psychologischen Erschütterungen auszugehen drohen, wie seinerzeit nach dem Staatsstreich der Papen-Regierung. Kraft und Geltung eines Staates sind von dem Vertrauen abhängig, das ihm seine Bewohner entgegen bringen. Dieses Vertrauen ist ein zu kostbares Gut, um zum auswechselbaren Spielball bestimmter Gruppen gemacht zu werden. Jeder Rechtsstaat legt sich selbst Fesseln an, um der möglichen Willkür und Zügellosigkeit einer Regierung vorzubeugen. Das Volk soll wissen, dass es noch Wächter gibt.

Die Furcht des Kanzlers, von der obersten Instanz der Bundesrepublik, dem Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe, ins Unrecht gesetzt zu werden, liess ihn jenes frevelhafte Spiel treiben, das bis zur tiefsten Vertrauenskrise innerhalb der Bundesrepublik geführt hat. Sein Vorgehen stellt das Verhältnis dieser Regierung zur Demokratie und zu der von ihr zu ihrem Schutz geschaffenen Institutionen in Frage. Der Eindruck bleibt im Volk unauslöschbar haften: Diese Regierung beugt sich nicht dem Recht, sie sieht ihre vorrangliche Pflicht und ihr Bestreben darin, das Recht vor ihrer Politik zu beugen. Sie erkennt keine höhere Autorität an, als die, die sie selbst verkörpert.

Der Kanzler hat dieser Tage in kleinem Kreis geäußert, die Regierung hätte die Entscheidung von Karlsruhe auch dann nicht anerkannt, wenn der Bundespräsident seinen Antrag nicht zurückgezogen hätte. Dies ist ein Weg, unangenehmen Beschlüssen auszuweichen. Der andere scheint in dem Wunsche nach einer gründlichen Revision des Bundesverfassungsgerichtes zu bestehen, in personeller Hinsicht, in seinem Aufbau, seiner Funktion und seinem Geltungsbereich.

Das Opfer all' dieser Schachzüge wird der Rechtsstaat und die Untastbarkeit des über das Ganze gestellten Staatsoberhauptes und der höchsten richterlichen Instanz sein. Damit wird der Nährboden für ein staatsrechtliches und politisches Chaos geschaffen. Diese nihilistische Unterhöhlung des Volkes und seiner staatlichen Grundlagen führt zwangsläufig -das lehrt die Geschichte der Weimarer Republik- zur Diktatur.

Neues Wahlgesetz in Norwegen

KRK. - Oslo

Nach sehr langer, sachlicher Aussprache, in der es an dramatischen Höhepunkten nicht gefehlt hat, hat Stortinget (das norwegische Parlament) mit der vorgeschriebenen Zweidrittelmehrheit (101 gegen 47) eine sich auf die Wahlordnung beziehende Verfassungsänderung beschlossen. Die bürgerlichen Parteien hatten eine Änderung der Wahlordnung verlangt dergestalt, daß den größten Parteien (im vorliegenden Falle nur der regierenden Arbeiterpartei) keine Prämienmandate zufallen. Tatsächlich hat die Arbeiterpartei mehr Mandate als der auf sie entfallenen Stimmenzahl entsprechen.

Die Arbeiterpartei konnte in der Aussprache zwar darauf verweisen, daß die bürgerlichen Parteien gegen "Prämienmandate" nichts einzuwenden hatten, so lange sie diese selbst einheimen konnten, aber sie wollte sich nicht dem Begehren nach einer gerechteren Wahlordnung verschließen. Als Bedingung stellte sie, daß der sogenannte Bauernparagraph falle, der, mehr als hundert Jahre alt, bestimmt, daß zwei Drittel der Stortingsmandate von der Landbevölkerung und nur ein Drittel von der Stadtbevölkerung besetzt werden. Dieser Paragraph, der von der sozialen Entwicklung längst überholt war, wurde jedoch von den meisten Bürgerlichen stark verteidigt. Nun hat sich ein namhafter Teil dieses Bürgertums von der Unhaltbarkeit des Bauernparagraphen überzeugen lassen und damit eine friedliche Lösung des Verfassungsstreites ermöglicht.

Die neue Wahlordnung lehnt sich an das schwedische System an. Wäre sie bei der letzten Stortingwahl angewandt worden, hätte die Arbeiterpartei vergleichsweise 76 Mandate bekommen (gegen 85 jetzt), die Rechte 26 (gegen 23), die Kommunisten vier (gegen Null). Allerdings war die Einteilung der Wahlkreise bei der letzten Wahl anders als die jetzt getroffene, so daß die oben genannten Vergleichsziffern keine absolut gültigen Schlüsse auf das Ergebnis der nächsten Stortingwahl zulassen.

Die norwegische Bevölkerung ist jedenfalls froh, daß der beunruhigende Verfassungsstreit durch ein haltbares und gerechtes Übereinkommen beendet wurde.

+ + +

Eine falsche und eine richtige Wahl-Korrektur

rw - Düsseldorf

Die politische Unkenntnis des Korrespondenten einer ausländischen Nachrichtenagentur diente kürzlich einigen CDU-Zeitungen zum Anlaß, triumphierend zu melden, das Wahlergebnis des 9. November 1952 in Nordrhein-Westfalen habe sich nachträglich noch als falsch herausgestellt. Nach den Zahlen des amtlichen Endergebnisses der Gemeindewahlen, die das statistische Landesamt in Düsseldorf zwei Wochen nach dem 9. November veröffentlichte, sei die CDU nun doch mit Abstand die größte politische Partei des Landes, während zunächst gemeldet worden war, der SPD-Vorsprung betrage etwa 30000 Stimmen;

In Wirklichkeit handelte es sich aber bei den nachträglich veröffentlichten Zahlen des statistischen Landesamtes um die Ergebnisse der Gemeinderatswahlen in den kreisgebundenen Städten und den Gemeinden - die selbständigen Städte, darunter also auch alle Großstädte über 100000 Einwohner, waren in diesen nachträglichen Zahlen nicht enthalten, weil sie bereits im amtlichen Endergebnis mit den Kreistagswahlen zusammengefaßt worden waren. Da es hinlänglich bekannt ist, daß die CDU auf dem Lande stärker ist als die SPD, liefert man sozusagen einen CDU-Sieg auf einem Spezialsektor nach. Das ist nur ein Zeichen dafür, wie schwer man die Niederlage des 9. November in Wirklichkeit getragen hat.

Dieser falschen steht aber eine durchaus einwandfreie Korrektur des Wahlergebnisses von Zentrums-Seite gegenüber. Diese Partei macht darauf aufmerksam, daß die CDU die Wahlabmachungen mit ihr in zahlreichen Wahlkreisen nicht eingehalten habe. In einigen Städten und Kreisen verzichtete das Zentrum auf die Aufstellung eigener Kandidaten und ließ ihre Leute als CDU-Kandidaten vor die Wählerschaft treten. Die CDU hatte sich in diesen Fällen, so betont das Zentrum, verpflichtet, bei der Bekanntgabe der Wahlresultate darauf hinzuweisen, daß in der Zahl der CDU-Stimmen auch die abgegebenen Zentrumsstimmen mitenthalten seien. Die CDU habe nun in keinem Fall diese Abmachung eingehalten. Alle Zentrumsstimmen seien stillschweigend als CDU-Stimmen ausgegeben worden.

In den Kreisen, in denen das Zentrum freiwillig auf eigene Listen verzichtete, und die Wähler aufforderte, CDU zu wählen, waren bei den letzten Wahlen zum Landtag im Jahre 1950 zusammen rund 70000 Zentrumsstimmen abgegeben worden. Daraus läßt sich schließen, daß die ursprünglich angegebenen CDU-Ergebnisse um annähernd diese Ziffer gekürzt werden müssen und daß damit der SPD-Stimmenvorsprung in Wirklichkeit nicht nur annähernd 30000, sondern sogar rund 100000 betrug. Durch diesen Vorgang belehrt - vor allem aber auch aus Gründen der unterschiedlichen politischen Einstellung - wird das Zentrum nicht bereit sein, bei den kommenden Bundestagswahlen noch einmal auf eigene Kandidaten zu verzichten.

+ + +

Warnung vor KP-Agenten !

Der Bezirk Schleswig-Holstein der SPD erliesse dieser Tage eine Warnung vor KP-Agenten. Unter den verschiedensten Decknamen wird von kommunistischer Seite im ganzen Bundesgebiet ~~verfälscht~~, an SPD-Mitglieder heranzukommen.

"Die sogenannte Sozialistische Aktion (SDA) ist eine der vielen kommunistischen Tarnorganisationen, deren Aufgabe es ist, unter der Vorspiegelung, als handle es sich um Mitglieder der SPD, mit Parteimitgliedern Verbindung aufzunehmen. Es wird nochmals betont, daß es sich bei der SDA um eine kommunistisch gesteuerte Organisation handelt. Der Sozialistischen Aktion (SDA) stehen beträchtliche Geldbeträge zur Verfügung, Sie versendet gratis Zeitungen, deren Kopf das Bild August Bebel's trägt. Die Zeitung nennt sich "Sozialistische Aktion"; ursprünglich nannte sie sich "S o z i a l d e m o k r a t i s c h e Aktion". Diese Bezeichnung wurde ihr durch eine einstweilige Verfügung des Gerichts untersagt. Da die Zeitung gratis zum Versand kommt, muß sich jeder politisch denkende Mensch die Frage stellen: Woher haben die Herausgeber der Zeitung das Geld dafür? Diese Gelder kommen aus dunklen, aber sehr bekannten Quellen.

An der Spitze der SDA stehen Personen, die zum Teil einmal Mitglied der SPD geworden sind, um dort kommunistische Propaganda zu betreiben. Sie wurden inzwischen aus der SPD ausgeschlossen. Dort, wo solche Personen noch als Mitglieder in Erscheinung treten, bitten wir, gegen diese sofort das Parteiauschlussverfahren beim Bezirksvorstand zu beantragen.

Die SDA beschäftigt gegen Bezahlung sogenannte Instruktoren, deren Aufgabe darin besteht, mit Sozialdemokraten ins Gespräch zu kommen. Unsere Mitglieder werden aufgefordert, mit Angehörigen der SDA ebensowenig Gespräche zu führen wie mit Kommunisten. Wo sie auftauchen, soll ihnen die Tür gewiesen werden.

An der Spitze der Instruktoren für die SDA im Lande Schleswig-Holstein steht ein gewisser Helmut Riefenstahl, wohnhaft in Kiel-Elmschenhagen, Landskroner Weg 6, vor dem dringend gewarnt wird. Kein Angehöriger der SDA ist berechtigt, von der Sozialdemokratischen Partei als unserer Partei zu sprechen oder zu schreiben. Die Zugehörigkeit oder das Bekennen zur SDA ist unvereinbar mit der Zugehörigkeit zur Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Verräter oder Agenten werden in unserer Partei nicht geduldet".

---

Verantwortlich: Peter Raunau